Bezugspreis vierteljährlich: in Münster zweimal täglich frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — auswärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., durch den Briefträger gebracht überall, wo nur einmal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. 92 Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Bestellung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
Fernspr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Zwei Ausgaben täglich.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung.

33936 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften rc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. Sonntag, 18. Februar 1912. 61. Jahrgang. Nr. 121.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Febr. (Drahtb.)

Am Bundesratstische die Staatssekretäre Delbrück, Lisko, Wermuth und Kriegsminister v. Heeringen.

Präsident **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der

ersten Beratung des Etats.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Der Reichskanzler hat gestern ebenso wie Herr Lizentiat Mumm (Zuruf: Abg. Mumm!, Große Unruhe) sich bemüht, diejenigen Parteien mit Ermahnungen zu überschütten, die aus dem Wahlkampfe mit einem gewissen Selbstgefühl hervorgegangen sind. Herr Mumm machte den Eindruck eines Posaunenengels, der am jüngsten Tage die armen Sünder in die ewige Verdammnis führt. Der Inhalt seiner Rede entsprach aber nicht der moralischen Salbung ihrer Form. Sie enthielt mehr als eine Denunziation, die unter anständigen Politikern als verwerflich betrachtet wird. Daß eine sozialdemokratische Versammlung unter dem Genossen Severing mit einem Choral eröffnet worden sei, ist erlogen. (Zuruf bei den Soz.: Mumpitz!) Der Reichskanzler sollte an seine staatsmännischen Pflichten erinnert werden, während der ganzen Etatsberatung hier zu bleiben und nicht wie Bismarck sie von weitem anzuhören. Nachdem er uns in so unerhörter Weise provoziert hat, sollte er auch die Kritik anhören. Wenn irgendein Mitglied des Hauses seinem Unwillen über den Ausfall der Präsidentenwahl Ausdruck gibt, so ist das sein gutes Recht. Aber wenn sich ein bureaukratischer Angestellter des Deutschen Reiches, der auf Grund höfischer Gnaden in seinem Amte ist, erlaubt, dem Deutschen Reichstag herunterzuputzen, so ist das eine unerhörte Anmaßung. (Lebhaftes Bravo links, Große Unruhe und Zurufe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Kaempf**: Herr Abg. Ledebour, Sie überschreiten die Grenze des parlamentarisch Zulässigen.

Abg. **Ledebour**: Die Ansicht des Grafen Posadowsky, die Sozialdemokratie könne sich durch das Läuterungsfeuer des Revisionismus hindurch in eine bürgerliche Partei zurückentwickeln, wird einmütig von sämtlichen Richtungen unserer Partei entschieden abgelehnt. Dem Reichsschatzsekretär stimmen wir in dem Grundsatze zu, keine Ausgaben ohne Deckung. Aber die Ausgaben für Heer und Marine müssen bedeutend reduziert werden. Die ungesunden Steuern, wie die auf Lebensmittel, wollen wir abbauen. Das Schutzzollsystem legt unserer ganzen wirtschaftlichen Entwickelung Fesseln auf, insbesondere unserer Exportindustrie. Der Lebensnerv unseres wirtschaftlichen Lebens leidet darunter. Wir verlangen deshalb den lückenlosen Abbau des Schutzzolles. Unsere Aktion in Kiautschou hat sich als verfehlt erwiesen und unsere marokkanische Politik hat im „Grenzboten"-Prozeß eine eigenartige Beleuchtung erfahren. Unter Zeugeneid ist dort gesagt worden, es seien Deutsche als Agents provocateurs geschickt worden, um von dort Hilferufe laut werden zu lassen. Ich fordere unsere Regierungsvertreter auf, insbesondere Herrn von Kiderlen-Wächter, hierherzutreten und zu erklären, ob dort ein Meineid geleistet worden ist.

Sonst fällt auf sie der Verdacht, durch verbrecherische Umtriebe einen Krieg herbeigeführt zu haben. (Unruhe, Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Kaempf** rügt diese Ausdrucksweise.

Abg. **Ledebour**: Wohin der Imperialismus führt, zeigt das Beispiel des Prozesses Azew. Die dabei zutage getretene Barbarei und Brutalität und die Zarenwillkür kann nicht genug kritisiert werden, auch hier im Reichstage. Der Erlaß des Staatssekretärs Solf über das Eheverbot mit Samoanerinnen ist nicht scharf genug zu verurteilen. Dadurch werden die Samoanerinnen in die Prostitution getrieben. (Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter betritt den Saal.) Wenn Sie (zum Zentrum) nicht dagegen Stellung nehmen, so kommen Sie mir hier nicht wieder mit Ihren Beschwerden über unsere Unsittlichkeit in Wort und Bild. Wir werden die Koalitionsfreiheit der Arbeiter unter allen Umständen wahren und sicherstellen. Nimmt man ihnen das Koalitionsrecht, so drückt man sie zu willenlosen Werkzeugen der Kapitalisten herab. Das Reichstagswahlrecht, das der Abgeordnete Westarp gestern angriff, ist für uns unantastbar. Die Wahlkreiseinteilung muß geändert werden. Auf je 100 000 Menschen soll ein Abgeordneter entfallen. Findet sich die Regierung und der Reichskanzler nicht dazu bereit, dem Sinn dieser Paragraphen der Verfassung entsprechend zu handeln, so bedeutet das einen Bruch der Verfassung.

Präsident **Kaempf** ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. **Ledebour**: Graf Posadowsky ist selbst ein Phantast schlimmster Art. (Zurufe und Unruhe.) Unser Proletariat ist von großen Idealen erfüllt. In unseren Händen liegt das Wohl und die Zukunft des Vaterlandes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Auswärtigen **v. Kiderlen-Wächter**: Der Abg. Ledebour hat Angriffe gegen die Regierung eines großen Nachbarreiches, mit denen wir in Frieden und Freundschaft leben, geführt. Diese Angriffe waren solche, wie sie in diesem hohen Hause wohl noch nicht gehört wurden. Er hat der Regierung verbrecherische Absichten und Taten vor der ganzen Welt vorgeworfen. Ich kann diese Angriffe nur auf das lebhafteste bedauern, und muß sie auf das allerentschiedenste zurückweisen (Beifall rechts.) Ich bin auch überzeugt, daß die große Mehrheit in diesem Hause mein Bedauern teilt. (Beifall rechts; Rufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) Der Abgeordnete hat auch mir Verbrechen vorgeworfen. Darauf meine ich mich nicht weiter verteidigen zu sollen. Er hat mir aber in seiner Rede, wo er über die marokkanische Angelegenheit sprach, die erwünschte Gelegenheit gegeben, einmal mit einem Märchen aufzuräumen, daß sich schon seit längerer Zeit in der Presse herumtreibt: Das ist, daß ich gewisse Kreise aufgehetzt hätte, indem ich sagte, wir wollten Teile von Marokko nehmen. Da möchte ich historisch zurückgreifen auf die Zeit, ehe wir den „Panther" nach Agadir geschickt hatten. Es war von mir ein ausführliches Programm ausgearbeitet worden. Dieses Programm habe ich dem Herrn Reichskanzler vorgelegt, der es gebilligt und die Genehmigung Se. Majestät dazu erhalten hatte. Wir hatten schon lange Zeit mit Frankreich verhandeln wollen, weil die Sache so nicht weiterging, wie sie durch den Zug der Franzosen nach Fez sich gestaltet hatte. Wir haben das Schiff nach Agadir geschickt, um die Sache in Fluß zu bringen. Wir haben dadurch feststellen wollen, daß die Franzosen nicht das Recht besitzen, namentlich nicht für ganz Europa, in Marokko vorzugehen, und daß wir, wenn unsere Untertanen in Marokko gefährdet sind, dasselbe Recht haben, sie zu schützen. Einige Tage ehe das Schiff nach Agadir ging, habe ich Herrn Dr. Klaas gesprochen. Ich möchte hier einschieben, Herr Dr. Klaas ist in dem Prozeß nicht gehört worden. Ich habe ihm damals gesagt, wir werden demnächst etwas tun, um die Marokko-Angelegenheit in Fluß zu bringen. Es sind aber erst Einleitungen zu Verhandlungen. Das ungefähr war die Sprache, die ich mit ihm geführt habe. Damals bin ich nach Kissingen gegangen. Ich habe in Kissingen bereits mit dem französischen Botschafter die erste Aussprache über Kompensationen gehabt, und zwar ausdrücklich über Kompensationen außerhalb Marokkos. Ich habe ihm nur zugeschoben, daß er mir das nennen wolle, was er herausfinden könne. Es war nach dieser Unterredung im Juni, da wollte Herr Dr. Klaas mich sprechen. Ich war nicht hier und statt meiner hat der Unterstaatssekretär mit ihm gesprochen. Er hat ihm ausdrücklich auseinandergesetzt, daß wir nicht Teile von Marokko haben wollen, er hat ihm die bekannten Gründe angegeben, daß wir in Marokko keine Siedelungskolonie finden, keinen Kriegshafen usw. Da hat Herr Dr. Klaas am Schluß der Unterredung selber gesagt: Ach, das ist schade. Allerdings hat dann der Herr seine Schrift geschrieben: „West-Marokko deutsch." Soweit ich weiß, hat Herr Dr. Klaas mir immer den Vorwurf gemacht, daß ich schlechte Politik gemacht hätte. Der Fehler wäre, nicht einen Teil von Marokko zu nehmen. Daß ich ihm aber gesagt hätte, wir wollen das tun, dafür liegt von Dr. Klaas selbst keine authentische Äußerung vor und sie wäre auch nicht berechtigt. Dann ist in den Zeitungen namentlich behauptet worden, ich hätte einem Abgeordneten, der nicht mehr hier ist, einmal gesagt, wir müßten Marokko nehmen, und er hätte sich sofort stenographische Aufzeichnungen gemacht. Mit diesem Märchen ist oft krebsen gegangen worden. Ich war mir aber ausdrücklich bewußt, daß ich in dieser Unterredung ausführlich auseinandergesetzt habe, warum wir nicht Teile von Marokko haben wollten.

Es hat sich auch nachher herausgestellt, daß eine kleine Verwechslung stattgefunden hatte. Es waren diese stenographischen Aufzeichnungen verwechselt worden mit denen über eine Unterredung, die über die marokkanische Lage mit einem Journalisten stattgefunden hatte. Nun habe ich eine dritte Unterredung mit Herrn Dr. Klaas gehabt. Auf diese ist in dem Prozeß Bezug genommen worden. Diese Unterredung war im September, wo ich schon so ziemlich über das reine Marokkoabkommen mit dem französischen Botschafter einig war, und wo wir eine kleine Pause machten, um nachher über das Kongoabkommen zu verhandeln. Wie sollte ich dazu kommen, in dieser Unterredung zu sagen: „Ich werde mir einen Teil von Marokko nehmen." Es war allerdings eine sehr chauvinistische Stimmung in der Presse, und so war es uns ganz erwünscht, daß sich auch bei uns eine patriotische Stimmung bildete, für unsere Rechte einzutreten. Da fragte mich Herr Dr. Klaas, wenn er nachher zu Versammlungen der Alldeutschen käme, was er da sagen solle. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Heren, wenn Sie zu mir kommen, dann werde ich das Ihnen auch sagen. (Erneute Heiterkeit.) Er hat mich ausdrücklich gefragt, welches die Absichten der Regierung seien. Daraus kann man ihm keinen Vorwurf machen und mir auch nicht, wenn ich geantwortet habe: „Die Dinge liegen so, wir wollen Kompensationen, aber noch ist nicht das Stadium, das wir sagen können, die Sache ist fertig. Es ist ganz gut, wenn sich bei uns eine patriotische Stimmung bildet. Da schadet es nichts und ist kein Verbrechen, wenn Sie etwas dafür tun." Ich will nicht zurückweisen, daß wir Lockspitzel nach Agadir geschickt hätten. Ich weiß wirklich nicht, was die dort hätten tun sollen. Ich glaube aber, daß die Herren aus dem, was ich Ihnen gesagt habe, erkannt haben werden, daß es unwahr ist, daß ich irgend jemand damit gekommen wäre, wir wollten irgendeinen Teil von Marokko nehmen, und man möchte dafür Propaganda machen. Diese Bewegung ist gekommen, ohne unser Zutun. Das mögen Sie schon daraus ersehen, daß ich immer von dieser Seite angegriffen worden bin. Irgendeine Äußerung über Spitzel usw., das möchte ich ausdrücklich betonen, ist in dem Prozeß nicht von den Herren gekommen, mit denen ich gesprochen habe, sondern sie mögen gekommen sein von irgendeinem Dritten. Die betreffenden Herren, die ich gesprochen habe, sind bedauerlicherweise in dem Prozeß nicht gehört worden.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Die uns zugestellte Übersicht über die Entschließung des Bundesrats über die Beschlüsse des Reichstages enthält mehrfach die Bemerkung: „Der Bundesrat hat den Beschluß des Reichstages dem Reichskanzler überwiesen." Was soll diese Fassung bedeuten? Ist die Sache damit für den Bundesrat erledigt, oder behält er sich die weitere Entschließung noch vor. Wir müssen darüber Aufschluß haben, weil nach der Geschäftsordnung hierüber eine Diskussion gepflogen werden kann. Die bisherige Etatsberatung hat auch die Frage der Initiativanträge über die Verfassung gestreift. Der Reichskanzler meinte, solche Anträge seien aus der bloßen Doktrin hervorgegangen und seien bloß eine Etappe auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft. Graf Posadowsky hat einen ähnlichen Standpunkt dazu eingenommen. In Württemberg haben wir die Ministerverantwortlichkeit und den Staatsgerichtshof. Es fehlt da keineswegs an der Möglichkeit objektiver Feststellungen des Tatbestandes einer Pflichtverletzung. Es ist das auch schon geübt worden. Einen solchen Einwand hätte ich aus der Mitte des Hauses nicht erwartet. Den Reichskanzler aber frage ich, was denn die verfassungsmäßig festgelegte Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bedeuten soll, wenn diese Feststellung nicht möglich wäre. Auf Einzelheiten der letzten Wahlbewegung will ich nicht zurückgreifen. Dieselben guten Gründe, die den Reichsgesetzgeber veranlaßt haben, für die Hauptwahl einen einzigen Termin zu verlangen, dieselben Gründe sprechen vielleicht noch mehr für die Gleichheit des Termins auch für die Stichwahlen. Deshalb haben wir einen bezüglichen Antrag eingebracht. Wir wünschen auch, daß die Wahlurnen von Reichs wegen in bestimmter Weise vorgeschrieben werden zur größeren Sicherung des Wahlgeheimnisses. Aber der Nationalliberalen Forderung, die Wahlprüfungen dem Reichstage abzunehmen, und einem Gerichtshofe zu überweisen, können wir nicht zustimmen. Man hat ja für Elsaß-Lothringen einen Versuch damit gemacht: aber mit diesem einzigen Beispiele und mit den letzten Wahlen allein, kann ein solches Verlangen für die Reichstagswahl nicht begründet werden. Auch vom richterlichen Standpunkt aus ist die Übertragung einer solchen Aufgabe gar nicht erwünscht. Nicht ohne Grund ist das Haus vom Gesetzgeber bisher berufen gewesen, selbst die Entscheidung zu treffen. Über den Punkt, daß die Wahlprüfungen nicht allzulange dauern dürfen, sind wir alle einig; aber daraus folgt noch lange nicht, daß wir das ganze Recht der Wahlprüfungen abgeben sollen. Nur ein ganz zwingender Grund kann das rechtfertigen. Weggegeben ist ein solches Recht sehr leicht, wiedererlangen sehr schwer. Warten wir vor allem ruhig ab, wie die Erfahrungen in Elsaß-Lothringen sich gestalten.

Die Neueinteilung der Wahlbezirke verlangt Herr v. Payer. Gewiß sind die Differenzen in der Wählerzahl in den einzelnen Wählerkreisen auffallend groß: daraus aber die Notwendigkeit der Veränderung der Einteilung oder gar der Einführung des Proporzes zu fordern, scheint mir weit über das Bedürfnis hinauszugehen. Das Verlangen hat einen politischen Zweck. Sie (nach links) sind mit den Ergebnissen dieser und früherer Wahlen nicht zufrieden: Sie erhoffen von einer anderen Einteilung mehr. Sie sind Partei in der Sache. Die gerechte Verteilung der Parteien ist nach Ihrer Ansicht eine solche, bei der die städtische Bevölkerung ein Übergewicht über die ländliche bekommen soll.

Bei der Prüfung dieser Frage darf man aber nicht bloß an die Zahl der Wähler, sondern man muß auch an die Interessen des ganzen Landes denken. Der Landwirtschaft haben wir es zu danken, daß heute noch nicht die Geburtenzahl auf dem Lande einen so starken Rückgang aufzuweisen hat wie in den Städten. (Sehr richtig! rechts.) Ein Rückgang der Geburtenzahl ist gegenwärtig schon im Ganzen eingetreten, und er tritt nur deshalb weniger in die Erscheinung, weil die Sterblichkeitsziffern günstiger geworden sind. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Wähler in einer geschlossenen Gemeinde es viel leichter haben, ihr Wahlrecht auszuüben, als z. B. die weitverstreuten Bewohner einer Gebirgsgegend. Eine absolute Gleichheit wird also niemals zu erreichen sein, wenn ich auch zugebe, daß die Verhältniswahl am ersten geeignet ist, eine Gleichheit herbeizuführen. Was die Rechte der Reichstagsabgeordneten anbetrifft, so bedauere ich die Ablehnung der Freifahrt während der ganzen Legislaturperiode durch den Bundesrat. Dadurch werden sich bei der Vertagung und Schließung des Reichstages immer wieder gewisse Wünsche der Abgeordneten aufdringlich geltend machen, die Anträge werden wiederkommen, und der Bundesrat wird wieder darüber beschließen müssen. Die Initiativanträge, die in den ersten zehn Tagen als gleichzeitig eingebracht gelten, sollten in der Reihenfolge nach der Stärke der Fraktionen auf die Schwerinstage gebracht werden. Die Geschäftsordnung stammt noch aus einer Zeit, wo ganz andere Verhältnisse bestanden, und ihre Fassung läßt viele Unklarheiten bestehen, deren Beseitigung um so wünschenswerter ist, als dadurch dem Hause stundenlange Debatten über ihre Auslegung erspart werden. Wir müssen deshalb an die Revision der Geschäftsordnung im Ganzen gehen, und wenn die Arbeit in einer Session nicht beendet werden kann, muß sie in der nächsten Session da weitergeführt werden, wo sie liegen geblieben ist. Der Abg. Junck scheint die Mahnung unseres Kollegen Speck, die Fraktionen möchten sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, ganz falsch aufgefaßt zu haben, denn sonst hätte er doch nicht antworten können, daß die Fraktionen sich in ihren Forderungen mäßigen sollten. Hoffentlich hat er dabei auch an seine eigene Fraktion gedacht. Der Vorwurf der Linken, wir hätten uns bei der Präsidentenwahl nicht in dem Sinne der Forderung der gemeinsamen Arbeit verhalten, ist ganz unzutreffend. Die Herren müssen anerkennen, daß wir bei der Behandlung einer Frage wie der Präsidentenwahl, auch nur von dem Standpunkte ausgehen konnten, der von uns als Fraktion als maßgebend anerkannt worden war. Im übrigen ist die Entschließung unseres Kollegen Spahn ganz frei und ohne Beschluß der Fraktion erfolgt, allerdings mit dem sentiment der ganzen Partei.

Der Abg. Junck war am wenigsten berufen, die Stellungnahme des Kollegen Spahn anzugreifen. Man darf andere nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt. Denn 1907 bei der Präsidentenwahl hat man uns, obwohl wir die stärkste Partei waren, von der Präsidentenwahl ausgeschlossen. Da fanden sich die Blockbrüder rechts und links. Da nahm die nationalliberale Fraktion eine andere Stellung ein. 1907 fehlte es an der Erleuchtung, die den Nationalliberalen jetzt gekommen ist. Wenn die Liberalen die Mehrheit haben, dann haben sie selbstverständlich Anspruch auf die Stellung des ersten Präsidenten; haben sie die Mehrheit nicht, dann auch. (Heiterkeit im Zentrum.) Die Bescheidenheit der Liberalen ist immer so groß, daß sie sich vorstellen, sie seien die Führenden, auch wenn sie noch so sehr von anderen geführt oder gezogen werden, und hier immer mehr nach der Rechten gezogen werden. (Heiterkeit. Jetzt sitzen Sie (zu den Liberalen) schon halb rechts. (Heiterkeit.) Früher hat die fortschrittliche Volkspartei diese Bänke eingenommen. An Ihre Stelle sind jetzt die Sozialdemokraten getreten. Jetzt sitzt die Volkspartei mit den übrigen Liberalen in einem einzigen Segment zusammen. Die Mehrheit des Volkes sollte für die Liberalen sein, und es müsse ein neuer Kurs einsetzen? Rechnen Sie auch die Herren der Sozialdemokratie zu den Liberalen? (Heiterkeit.) Darüber werden die Sozialdemokraten anderer Ansicht sein. Wenn die Regierung deshalb einen anderen Kurs nehmen soll, so kann es sich nur um einen sozialdemokratischen Kurs handeln; die Liberalen haben keine Mehrheit.

Daraus, daß wir in den Jahren 1910 und 1911 beschlossen haben, die Etatsüberschüsse zur Schuldendeckung zu verwenden, folgt doch noch nicht, daß wir uns immer daran halten müssen. Die jährliche Etatsaufstellung beruht auch darauf, daß man immer die jeweiligen Verhältnisse berücksichtigt. Wir haben auf Überschüsse in einer Größe zu rechnen, die alle Erwartungen übertreffen. Angesichts eines solchen Überschusses ist die Belastung mit neuen Steuern durchaus nicht notwendig. Im Etat ist aber ein Gesamtbetrag von 82 Millionen vom Extraordinarium ins Ordinarium übernommen worden. Dadurch ist eine große Verwirrung und Undurchsichtigkeit in den Etat gekommen. Was hat das zu bedeuten? Man will wissen, daß neue Steuern notwendig sind, während wir im Gegenteil Überschüsse haben. Den Standpunkt können wir nicht einnehmen, daß wir in diesen Fragen einfach Vertrauen zur Regierung haben sollen. Wenn wir nur Vertrauen haben sollen, dann können wir überhaupt den Reichstag nur aufgeben. (Sehr richtig!) Das wäre der Grundsatz des absoluten Regiments. Aber ein solches würde dem Volke so große Lasten nicht aufzuerlegen wagen, wie es unter Zustimmung der Volksvertretung geschehen kann.

Der Reichskanzler hat vor den Stichwahlen eine Sammlung der bürgerlichen Parteien versucht. Wenn er aber jetzt eine Wehrvorlage mit der Deckung durch die Erbanfallsteuer vorschlägt, so wirft er, obwohl er uns die Moralpredigt zur Einigkeit hält, diesen Erisapfel unter die bürgerlichen Parteien.

Die Regierung hat damals diese Steuer zurückgezogen. Wir brauchten das tote Kind nicht noch töter zu schlagen. Freilich hat man im Wahlkampfe gesagt, die Erbanfallsteuer mache einen großen Teil der indirekten Steuern entbehrlich. Aber daran ist nicht zu denken. In dem Enthusiasmus für die Wehrsteuer vermisse ich eins: in welcher Form diese erhoben werden sollte. Die alten Mitglieder des Hauses werden sich entsinnen, daß uns seinerzeit vor dem Gedanken gegraut hat, die Erbschaftssteuer erst nach dem Tode zu erheben. Gegen das Erbrecht des Reiches an Stelle gewisser Intestaterben, sprechen ethische Momente. Der Staat kann nicht das fremde Geld in die Tasche stecken. Auch praktische Bedenken machen sich gelten. Als seinerzeit hier das Erbrecht vorgeschlagen und beraten wurde, ereignete sich ein plötzlicher Ohnmachtsanfall eines Mitgliedes einer hochangesehenen altadligen Familie, und da sagte man sich, wenn damals schon das Erbrecht des Reiches bestanden hätte, dessen ganzes Familiengut dem Reich hätte anheimfallen können. Dieser Fall soll im Bundesrat mit einem Male einen Umschwung der Stimmung herbeigeführt haben. Ferner soll diese Steuer doch Geld einbringen. Aber der Vertreter eines größeren Bundesstaates hat gesagt, mit den herrenlosen Erbschaften habe sein Staat bisher schlechte Erfahrungen gemacht.

Bei der mangelnden finanziellen Bedeutung dieses Erbrechts treten die prinzipiellen Bedenken um so schärfer hervor. Und ist erst einmal das Erbrecht des Reichs eingeführt, wer will dann Halt machen und verhindern, daß die Herren von der äußersten Linken ihre Gedanken auf diesem Gebiete immer mehr zur Geltung bringen? Man schließt vielleicht erst die sechste oder achte Reihe der Erben aus, später die vierte oder die fünfte Reihe und schließlich das ganze Erbrecht, was ja den Wünschen der Sozialdemokratie entsprechen würde. **Principiis obsta!** Die Matrikularbeiträge sind als beweglicher Faktor notwendig, und wir würden unsere ganze Vergangenheit verleugnen, wenn wir darauf kein Gewicht mehr legen wollten. Gegen den Vorschlag des Abg. Ledebour, eine Reichseinkommensteuer als beweglichen Faktor einzuführen, würden sämtliche Finanzminister der Bundesstaaten, voran der preußische, ein Veto einlegen. Wir wollen die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten erhalten, damit diese kulturelle Aufgaben pflegen können. Die Fixierung der Matrikularbeiträge auf eine bestimmte Summe hat der Reichstag mit gutem Recht abgelehnt, weil er die einzelnen Bundesstaaten an der finanziellen Gebarung des Reichs interessiert wissen will. Sonst hätten die Finanzminister der Bundesstaaten überhaupt kein Interesse mehr an einer Sparsamkeit im Bundesrat. Die Sozialpolitik müssen wir ohne jede Rücksicht auf die Zahl der sozialdemokratischen Wähler nach den Geboten der Gerechtigkeit weitertreiben.

---

83)

Der Sonnenwirt.

Schwäbische Volksgeschichte von Hermann Kurz.

„Man hat Verdacht, daß Seine Person und einer ihrer Brüder Ihm dabei behilflich gewesen sein werden," inquirierte der Amtmann.

Friedrich wiederholte seine Versicherung und erbot sich, einen Eid zu schwören, daß keines von den beiden auf seines Vaters Speicher gekommen sei. Der Amtmann belehrte ihn, daß ein Angeklagter nicht zum Eide zugelassen werden könne, und hielt ihm dann jenen bei dem Müller begangenen Bienendiebstahl vor, dessen sich der eine seiner angeblichen Schwäger mehr als verdächtig gemacht habe; es sei beinahe so gut wie erwiesen, daß er selbst bei jenem Vergehen mit im Komplott gewesen sei, und man müsse jenen mit allzu großer Nachsicht beiseite gesetzten Fall jetzt hervorziehen, weil er auch auf den neuesten Vorgang ein Licht zu werfen scheine. Friedrich war nicht wenig froh, den Verdacht von seinem Lieblingsschwager auf dessen für ihn wie für die Familie unbedeutenderen Bruder abgelenkt zu sehen, beteuerte jedoch, er habe demselben an dem Abend, an welchem er den Diebstahl begangen zu haben beschuldigt sei, unwissentlich und zufällig auf der Brücke gepfiffen und sich lediglich hierdurch verdächtig gemacht. Der Amtmann setzte ihm scharf mit Kreuz- und Querfragen zu, brachte aber nichts aus ihm heraus, was einen Anhalt zum Einschreiten gegen seinen Mitbeschuldigten darbieten konnte. Ebensowenig war ihm über das aus der Frucht erlöste Geld ein Geständnis abzupressen. Da er weder den dritten Genossen verraten, noch sich einer Hilfe, die seinem Mädchen in der Not zu statten kommen konnte, entschlagen wollte, so blieb er beharrlich dabei, er habe das Geld vollständig ausgegeben, und sein Vater solle es eben an seinem eigenen Vermögen abziehen.

„Wie hat er das Geld verwendet?" fragte der Amtmann, immer schärfer in ihn dringend.

„Ich hab's vertan," antwortete er, um der Untersuchung jeden Weg abzuschneiden.

„Wie hat Er's vertan?" rief der Amtmann wild.

„Versoffen!" antwortete er trotzig.

„Du Halunk!" schrie sein Vormund, während der Amtmann erschöpft in den Sessel zurücksank. Nachdem dieser etwas Atem geschöpft, richtete er sich wieder auf und sagte gleichmütig: „Ich muß und will annehmen, daß er die Wahrheit sagt; in diesem Fall kommt eben zu Seinen anderen Reaten auch noch der Punkt des Lebenswandels hinzu. Ich hab's Ihm ja erklärt, daß es ganz bei Ihm stehe, wie Sein Protokoll ausfallen werde."

Der Amtmann war im ganzen nicht unzufrieden mit dem Ergebnis der Untersuchung, das ihm ziemlich ausgiebig erschien. Er hielt dem Gefangenen seine Hauptvergehen vor und ging schließlich in den Ton der Rüge und Ermahnung über. „Hat Er denn ganz vergessen," rief er, „was ich ihm damals so eindringlich gesagt habe, als Er das erste Mal auf seinen bösen Wegen betreten wurde, und was ich Ihm dann wieder gepredigt habe, als Er von Seiner ersten Strafe zurückkam?"

„Nein, Herr Amtmann, ich weiß es noch," antwortete der Gefangene, „Sie haben gesagt, das Zuchthaus sei eine Schule des Lasters, und ich solle mich wohl in Obacht nehmen, daß ich nicht wieder hineinkomme."

„Und was hat Er von sich selbst denken müssen, daß Er doch wieder hineingekommen ist, und was muß Er heute von sich denken, daß Er abermals, und zwar tertia vice bei solcher Jugend reif dafür geworden ist?"

„Ich hab' gedacht und denk', für einen jungen Menschen, an dem noch nicht alles verloren sein kann, sei es doch hart, wenn er in die Schule des Lasters getan wird, wie Sie's ja selber nennen."

„So?" rief der Amtmann zornig, „wenn Ihm das Zuchthaus nicht gut genug ist, so kann man Ihn ja für Seine Mord- und Diebestaten auf die Schandbühne und von da auf die Galeere bringen, vermittels des Vertrags, den gnädigste Herrschaft mit der Republik Venedig geschlossen hat!"

Den Gefangenen überlief es, daß seine Kette klirrte. „Ich muß freilich ausessen, was man mir kochen will," sagte er, „ich bin ja schon mehr dabei gewesen und weiß jetzt, wie man's macht, aber ich hab' weder eine Mordtat, noch einen Diebstahl begangen."

„Diebstahl mit nächtlichem Einbruch!" rief der Amtmann, mit der Spitze des Fingers auf das Protokoll klopfend.

„Da drinnen steht's vielleicht so," entgegnete Friedrich, „aber in meinem Herzen heißt's anders, wenn ich Weib und Kind mit dem, was mir mein Vater schon als Vater schuldig wär', vom Hungertod erretten muß."

Der Amtmann milderte seinen Ton etwas. „Wenn Er mit dieser Auslegung durchzudringen hofft, so gratulier' ich Ihm dazu," sagte er. „Bei Gericht aber nimmt man die Dinge nicht nach der Auslegung, sondern wie sie sind. Angenommen, es habe einer einen Prozeß mit einem anderen, und es sei auch das Recht ganz auf seiner Seite, so darf er darum doch nicht in seiner eigenen Sache den Exekutor machen oder den Erretter, wie Er's heißt, und sich selbst am Hab und Gut des anderen regressieren."

„Dawider will ich nicht streiten, Herr Amtmann," erwiderte Friedrich, „'s hat alles Händ' und Füß', was Sie sagen. Aber, nicht wahr, wenn ich meinen Vater bei Ihnen verklagt hätt', daß er meiner Christine nichts zu ihrem Unterhalt gibt, so hätt' sie lang verhungern können, bis ich hätt' Recht bei Ihnen gefunden."

„Halt Er sein Maul. Er ewiger Rechthaber!" schrie der Amtmann entrüstet. „Er steht als Angeklagter hier und nicht als Advokat!"

Er griff wieder zu der Feder und schrieb eifrig und zornig fort. Friedrich sah ihm eine Weile zu. „Ich seh' wohl, was Sie schreiben," sagte er dann. „Unerachtet seiner äußersten Bosheit will er immer noch recht haben."

Der Amtmann fuhr zurück, daß ein Teil der Akten zu Boden fiel. „Ist der Kerl vom Teufel besessen?" murmelte er vor sich hin. Die Gerichtsbeisitzer sahen ihn erschrocken an. Friedrich lächelte.

„Heb' Er mir die Akten auf," befahl der Amtmann dem einen Gerichtsbeisitzer. „Den Schützen!" rief er dem andern zu. „Er führt den Arrestanten vorläufig in sein Loch zurück und holt mir den Johannes Müller!" wies er den eintretenden Schützen an. — „Wo der Teufel nicht hinkommt, schickt er die Obrigkeit," murrte der Gefangene halblaut, während er abgeführt wurde. — „Wird gleichfalls zu Protokoll genommen!" rief ihm der Amtmann nach.

Das auf Grund der Akten von dem Vogt zu Göppingen eingeleitte Verfahren war bald abgetan und endigte damit, daß eine eingeholte hochfürstliche Resolution dem jugendlichen Übertreter der Gesetze wegen seiner verschiedenen Verbrechen eine anderthalbjährige Zuchthausstrafe gnädigst zuerkannte, wobei er allerdings die Wahl hatte, ob er sich unter dem Zentnergewicht der Anschuldigungen für die gnädige Strafe bedanken oder in dieser eine Verurteilung der Anklage erblicken wollte. Zugleich mit ihm wurde der ältere Bruder Christinens nach dem Zuchthause gebracht, bei welchem der halberwiesene Verdacht des Bienendiebstahls und der unerwiesene Verdacht der Teilnahme an dem Fruchtdiebstahl zu einer Strafe von einigen Wochen hingereicht hatte.

Auf dem Wege nach Ludwigsburg benutzte Friedrich einen Augenblick, wo der bewaffnete Begleiter, ein armer Bürger von Göppingen, der einen Fluchtversuch der beiden rüstigen jungen Bursche zu verhindern unfähig gewesen wäre, ein wenig dahinten blieb. „Häng kein so dummes Maul 'runter," sagte er zu seinem Unglücksgefährten, „was kann denn ich dafür, daß dich die Immen hintendrein gestochen haben? Immenvater bist ja doch gewesen, das kannst nicht leugnen. Und bedenk auch, Schwager, daß die Deinigen dicht leichter ein paar Wochen als den Jerg ein Jahr und vielleicht drüber missen, denn der ist doch am kleinen Finger mehr, als du am ganzen Leib."

Der andere schwieg stöckisch. Der Wächter kam wieder herbei, und die Wanderung wurde fortgesetzt.

Als sie in Ludwigsburg eingezogen und sich dem Zuchthause näherten, fanden sie den Weg durch eine große Menschenmenge gesperrt. Ein Leichenzug kam daher, umgeben von zahlreichen Zuschauern und Zuschauerinnen, die beinahe mehr Trauer als Neugierde blicken ließen. Hinter dem Sarge ging zunäch eine Schar von Weisenkindern in ihrer grauen Tracht; ihnen folgte eine lange Begleitung von Männern, geistliche und weltliche Beamte an ihrer Spitze; nach einem größeren Zwischenraume kam ein Zug Strafgefangener in der Zuchthauskleidung, von Aufsehern bewacht. Alle hatten die Haltung von Leidtragenden, und selbst in den Reihen dieser vom Leben halb ausgestoßenen Männer sah man nasse Augen.

„Wen begräbt man hier?" fragte der Führer der beiden einzuliefernden Sträflinge eine sich herzudrängende Frau.

„Den alten Waisenpfarrer," war die Antwort.

Friedrich drückte die Hände gegen die Brust. So manchmal, wenn es ihm in der Welt weh und bange war, hatte er sich nach dieser Heimat, die man in der Welt eine Schule des Lasters nannte, zurückgesehnt, und nun war der gute Geist, der darin waltete, auf immer dahin. Die Welt schien ihm ausgestorben. Er kehrte sich ab und weinte bitterlich. Niemand sah diesen Schmerz, welchen er bei seinem Einzug in das Zuchthaus, obgleich ihn der Gedanke an sein Weib und sein Kind beinahe zu Boden drückte, hinter einer dumpfen Gleichgültigkeit verbarg.

(Fortsetzung folgt.)

Wir vom Zentrum haben das schon getan, als die sozialdemokratische Fraktion noch so klein war, daß sie nicht einmal Initiativanträge stellen konnte und unsere Unterschriften dazu erbitten mußte. Wir sind entschlossen, auch in Zukunft an unseren Grundsätzen festzuhalten, und betonen jetzt namentlich die Notwendigkeit, für den Mittelstand zu sorgen, ihn zu erhalten, zu kräftigen und zu stützen, nicht nur den ländlichen Mittelstand, sondern auch den Handwerkerstand und den mittleren Kaufmannsstand. Wir haben zahlreiche Anträge nach dieser Richtung hin eingebracht. Der Mittelstand ist die solide Basis unseres volkswirtschaftlichen Lebens. Unser Ziel ist nicht, Milliardäre zu züchten, sondern den Mittelstand zu schützen. In diesem soll jeder Einzelne gezwungen sein, sein Schicksal selbst zu gestalten, die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Lebens selbst zu überwinden. Graf Posadowsky sagte gestern, man hätte viel zu lange Zeit vergehen lassen, ehe man sich des Loses der Armen erinnert habe. Nun, es sind lange Jahre mit dem Kulturkampf vertrödelt worden Die beste Zeit wurde versäumt. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Mit solonischer Weisheit will Graf Posadowsky die Sozialdemokraten belehren und bekehren. In der praktischen Politik kommt man damit nicht weit. Der hochverehrte Herr hat sich selber widerlegt, wenn er sagte, die liberalen Parteien verlören ihren Einsatz: denn radikale Parteien überwänden immer die weniger radikalen (Zuruf links: Es kann auch anders kommen!) Wie das Überbieten mit radikalen Forderungen wirkt, haben wir in den letzten Jahren gesehen. Mit der Belehrung kommt man hier nicht weiter: denn gegenüber der Sucht, wirtschaftliche Vorteile zu erreichen, bleiben stets die Radikalen Sieger, weil sie stets den Massen die großen Versprechungen machen, auch wenn sie nicht erfüllbar sind. Kaiser Friedrich hat 1888 in seinem Erlasse auf die Gefahr der Ausbildung und die Notwendigkeit der Erziehung zu Gottesfurcht und einfacher Sitte hingewiesen Die Pflege der Religion wurde in der Tat für unser gesamtes Volksleben ein überaus wichtiges Moment. (Zustimmung im Zentrum.) Deshalb ist es ganz verkehrt, wenn heute noch Verfolgungsgesetze gegen die Religionen bestehen, ungerechte Beschränkungen, wie das Jesuitengesetz. Man streitet sich immer noch darüber, was eine Ordenstätigkeit ist und was nicht. Man kann doch die Tätigkeit nicht davon abhängig machen, ob ein Ordenspriester in einem Wirtshause oder in einer Kirche einen Vortrag hält. Schon zwei Jesuiten, die in einem Hause zusammen wohnen, sollen eine Ordensniederlassung sein und eine Gefahr für Gemeinde und Staat bilden.

Wenn das eine vorübergehende Niederlassung ist, dann dürfen auch nicht zwei Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei im Präsidium sitzen. (Heiterkeit.) Auf die Notwendigkeit der Wiedereinbringung unseres Toleranzantrages brauche ich gegenüber den Schöppenstädtereien der letzten Zeit nicht besonders hinzuweisen. Die erfolgreiche Bekämpfung der Sozialdemokratie wird nur möglich sein, wenn Staat, Kirche und Schule und das Bürgertum zusammenhalten. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär **Wermuth**: Der Abg. Graf Westarp hat gemeint, wenn wir auch jetzt nicht in der Lage wären, die Ausgaben für Festungen aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Etat zu übernehmen, so sei das kein Schaden. Es handle sich da doch nur um einen Unterschied von wenigen Jahren. Dann würde diese Ausgabe ohnehin auf dem Extraordinarium erscheinen. Das ist nicht der Fall. Wir haben uns vorgenommen, aus dem außerordentlichen Etat Ausgaben in Höhe von 20 Millionen zu bestreiten, indem wir andere Ausgaben, die sich mit diesen 20 Millionen nicht bestreiten lassen, auf den ordentlichen Etat übernehmen. Wir führen also durchaus ein Programm aus, welches man sich früher vorgenommen hatte. Wenn man statt dessen sagte, die Ausgaben für Festungen können auf den außerordentlichen Etat übernommen werden, so hat das zur Voraussetzung, daß künftig derartige Ausgaben überhaupt nicht mehr entstehen würden. Diese Voraussetzung ist aber irrig Wenn wir nicht eine nach Zeit und Geld bemessene Grenze ziehen, so verbleiben diese Ausgaben eben dauernd auf dem außerordentlichen Etat. Wir müssen also einmal einen festen Ruck machen, um sie auf den ordentlichen Etat zu bringen. Und so verhält es sich im Grunde mit allen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Die Sanierungsarbeit muß sein, endlich einmal in einem bestimmten Zeitpunkt zu finden, wo eine gründliche Reinigung des außerordentlichen Etats stattzufinden hat, der jetzt noch mit 180 Millionen nichtwerbenden Ausgaben belastet ist, also mit genau soviel, ja noch mehr, als es in den Jahren vorher der Fall war, und der nur dadurch auf 103 Millionen gesunken ist, weil wir der Billigung Gröbers zuwider bestimmte Ausgaben auf den ordentlichen Etat genommen haben. Der Abg Gröber sagte, wir wollen an der Schuldentilgung festhalten, aber wir wollen die Überschüsse zu anderen Zwecken verwenden, als die Regierung beabsichtigt. Das ist aber nach meiner Auffassung ein innerer Widerspruch. Ich bitte Herrn Gröber, meine Etatsrede eingehend durchzusehen Was wir an Zahlen geben konnten, haben wir gegeben.

Aber es ist unmöglich, bevor das Jahr abgelaufen ist, eine bestimmte Geldsumme anzugeben. Der Überschuß dient nach meiner Auffassung dazu, die gesetzliche Schuldentilgung, welche wir bereits eingeleitet haben, auch weiter durchzuführen. Nachdem wir unter Zuhilfenahme der Überschüsse die gesetzliche Tilgung ins Werk gesetzt haben, können wir die Überschüsse nicht nachträglich wieder zu anderen Zwecken verwenden. Der Abg. Groeber will den Paragraphen des Finanzgesetzes äußerlich wahrnehmen, aber er beachtet nicht den inneren Sinn. Hier liegt ein innerer Unterschied zwischen unseren Auffassungen, den wir uns gar nicht verhehlen dürfen. Bisher waren Sie mit der Reichsfinanzverwaltung der Meinung, daß man die Wiedergesundung der Reichsfinanzen so schnell und so nachdrücklich wie möglich herbeiführen wollen: Sie sind aber bedenklicher geworden, seit es sich ergeben hat, daß ein erheblicher Mehrbedarf eintreten wird und seit Sie gewahr geworden sind, daß zur Deckung des Mehrbedarfes eine Ihnen nicht genehme Steuer kommen wird. Wir müssen an dem, was wir bisher getan haben, auch festhalten, wenn unsere bisherigen Bestrebungen nicht vergeblich sein sollen. Wenn Sie jetzt bei dem Mehrbedarfe alsbald wieder von diesem Grundsatze und Ergebnisse abweichen — wer wird es dann in Zukunft noch unternehmen, jemals wieder eine derartige Sanierungsarbeit ins Werk zu setzen.

Auch die Finanzreform von 1909 wird dann ihren Hauptzweck verfehlt haben. Es ist bemerkt worden, die Finanzreform hätte eigentlich 100 Millionen zuviel bewilligt, und es wäre gar nicht einzusehen, warum man diese 100 Millionen zu Zwecken der Gesundung der Finanzen verwenden sollte. Mit demselben Rechte könnte man sagen, daß diejenigen, die den Bedarf von 1909 berchnet haben, eigentlich 100 Millionen mehr hätten fordern müssen. Nachdem jetzt die schüchternen Anfänge der Schuldentilgung da sind, und zwar ganz im Rahmen dessen, was wir uns vorgenommen haben, da bekommen wir einen förmlichen Schrecken vor dieser Schuldentilgung und wollen schleunigst zum alten System zurückkehren. Steht sich denn der Steuerzahler besser, wenn wir den Bedarf bar bezahlen, als wenn wir Schulden aufnehmen und sich dadurch die Zinsen vermehren und durch die Entwertung unserer Anleihen ein doppelt starker Bedarf sich geltend macht? Wird er dadurch nicht viel härter bestraft, als wenn er jetzt mit uns dem Bedarf direkt ins Auge sieht? Also weshalb? Weil eine Erbschaftssteuer entweder zur Zeit oder überhaupt verhorresziert wird und weil ehe die Regierung überhaupt den Mund geöffnet hat, um das Wort Erbschaftssteuer auszusprechen, die Einbringung einer solchen Steuer als eine Brüskierung bezeichnet worden ist. Da setzen wir uns nun doch in eine höchst eigentümliche Lage. Wir dürfen wohl mit einiger Sicherheit voraussetzen, daß eine große Begeisterung in diesem Moment für die Bewilligung neuer indirekter Steuern in diesem Hause nicht vorhanden ist. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Auf der anderen Seite steht unzweifelhaft fest, und der Abg. Gröber hat es nochmals betont, daß die sämtlichen Bundesregierungen sich einhellig und mit Recht gegen eine Inanspruchnahme der Einkommen- und Vermögenssteuer wenden

Wenn wir das Gebiet beschreiten wollen, das in der Mitte liegt, dann wird schon, bevor wir überhaupt unsern Fuß auf das Gebiet gesetzt haben, am Eingang die Warnungstafel aufgerichtet: „Brüskierung streng verboten!" (Heiterkeit.) Soll denn wirklich die Erbschaftssteuer als tiefer Schatten über unserm ganzen politischen Leben schweben? Soll die Kluft, die sich aus Anlaß dieses Wortes eröffnet hat, denn auch noch fernerhin erweitert und vertieft werden? Und sollen ihretwegen auch die Grundsätze wieder aufgegeben werden, die Sie selbst haben bauen und festigen helfen? Soll — das kann gar nicht anders kommen, dafür verlassen Sie sich auf das Wort eines Mannes, der schon einige Zeit das Wohl der Reichsfinanzen am bangen Herzen getragen hat — die ganze Anleihewirtschaft aus diesem Anlaß neu eröffnet werden?

Es ist gesagt worden, daß eine Nation alles an ihre Ehre zu setzen hat. Ich bin fest überzeugt, daß Sie nicht hinter dieses Wort „alles" ein Fragezeichen setzen wollen, indem Sie die Bereitschaft zu Opfern von der gesetzlichen Form abhängig machen, in welche diese Opfer sich zu kleiden haben. (Beifall.)

Staatssekretär **Dr Solf**: Der Abg. Ledebour hat seine Replik meines Erlasses gegen das Eheverbot zwischen Weißen und Samoanerinnen auf christliche Argumente bezogen. Er hat auch beim Zentrum Unterstützung gefunden. Diese Ausführungen sind aber lediglich theoretische Erörterungen. Ein Urteil über die kolonialpolitisch außerordentlich wichtigen Fragen kann nur derjenige haben, der jahrelang in solchen Ländern, wo Schwarze und Weiße sich einander gegenüberstehen, die Schäden an beiden Rassen beobachtet und probiert hat. Ich kann für heute nicht unwidersprochen lassen, daß die Regierung sich von einem Argument habe leiten lassen, das nicht ethischer Natur sei. Es handelt sich da um Fragen, die noch höher stehen als die Gefahr, daß die Prostitution vermehrt werde. Mein Erlaß geht dahin, daß die bestehenden Ehen zu Recht weiter bestehen. Die Kinder sind weiße, oder den Weißen gleich zu erachten. Künftig werden solche Ehen nicht mehr geschlossen. Kinder aus nichtehelichen Verbindungen, gelten als Eingeborene. Der Gouverneur kann unter Umständeneinem Kinde die Rechte der Weißen zuerkennen. Von den Samoanern wird dieses Verbot freundlich begrüßt werden, denn die Zahl der Weiber ist dort leider erheblich geringer als die der Männer. Jede Einheiratung eines Weißen, meist in Häuptlingsfamilien, führt zu Unstimmigkeiten. Die moralischen Momente für solche Ehen sind nicht gerade hoch. Das Sancrosankte der christlichen Familie ist in dieser Verbindung meist nicht zu finden. Die Weißen heiraten, um eine Haushälterin oder billige Wäscherin zu erhalten (Große Heiterkeit) oder sie wollen ihren Landbesitz vergrößern. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Also wie bei uns!)

Staatssekretär **Delbrück**: Die meisten mein Ressort betreffenden Fragen dürften in der 2. Lesung wiederholt werden. Ich kann meine Antwort bis dahin verschieben. Die Regel der Geschäftsordnung, wonach diejenigen Beschlüsse des Reichstages, die durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrats ihre Erledigung gefunden haben, nicht zum Gegenstand von Bemerkungen gemacht werden dürfen, hat nicht Bezug auf die Reichstagsbeschlüsse, die dem Reichstage vom Bundesrat überwiesen worden sind. Derartige Beschlüsse haben nur den Charakter wie geschäftsleitende Anweisungen.

Nach weiteren Bemerkungen wird die Fortsetzung der Beratung auf Montag 2 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr 15 Min.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

⊡ **Berlin**, 17. Febr. **(Eig. Drahtb.)** Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages hat mit Unterstützung der Rechten und des Zentrums mehrere Initiativanträge eingebracht. Der eine dieser Anträge fordert Maßnahmen zur Beseitigung der Animierkneipen.

⊡ — **(Eig. Drahtb.)** Das Zentrum hat im Reichstage einen vollständigen Entwurf eines Arbeitskammergesetzes eingebracht, der sich im wesentlichen mit dem vom Reichstage nicht verabschiedeten Arbeitskammergesetze deckt; ferner den Entwurf eines Reichsgesetzes über die Freiheit der Religionsübung, nachdem die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die Vereinigung zu Religionsgesellschaften gewährleistet ist. Zwei weitere Anträge des Zentrums beziehen sich auf die Errichtung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich und auf die Durchführung einer schärferen Kontrolle für die Einführung ausländischer Weine.

⊡ — **(Eig. Drahtb.)** Zur Sicherung des Wahlgeheimnisses ist im Reichstage mehrfach, auch bei den diesjährigen Etatsberatungen wieder, die Forderung erhoben worden, die Sicherung des verfassungsmäßig garantierten Wahlgeheimnisses dadurch herbeizuführen, daß von Reichswegen und auf Kosten des Reiches den Wahlbezirken einheitliche Wahlurnen geliefert werden, welche eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ausschließen, und daß ganz kleine Bezirke, in denen die Geheimhaltung der Wahl wegen der geringen Anzahl der Wähler in Frage gestellt wird, mit den benachbarten Ortschaften zu einem größeren Wahlbezirke vereinigt werden. Auf Veranlassung des Bundesrats sind über die Frage durch das zuständige Ressort neuerdings Erwägungen angestellt worden.

Keine Zulagen für Oberpost- und Telegraphen-Assistenten.

⊡ Berlin, 17. Febr. **(Eig. Drahtb.)** Anläßlich der Beratung von Petitionen hat der Reichstag den Reichskanzler ersucht, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß den Oberpost- und Telegraphen-Assistenten, sowie den Vorstehern der Postämter 3. Klasse, welche vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst der Reichspost eingetreten sind, soweit sie drei Jahre lang im Genusse des Höchstgehaltes gewesen sind, eine persönliche Zulage von 300 Mark gewährt werden möge. Der Bundesrat ist bei Beratung dieses Antrages zu dem Entschlusse gekommen, ihm keine Folge zu geben.

Der Reichstag und die Entwicklung von Deutsch-Südwest-Afrika.

⊡ **Berlin**, 17. Febr **(Eig. Drahtb.)** Bei der Etatsberatung im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte der Reichstag Resolutionen beschlossen, die dahin gingen, eine Gemeindesteuerordnung für die Grundsätze über die Erhebung der Gemeindeabgaben in Deutsch-Südwest-Afrika zu erlassen und einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch den in Südwestafrika vor Ausbruch des dortigen Aufstandes domizilierte, leistungsfähige Personen und Gesellschaften zur Entlastung des Reichsfiskus herangezogen werden können. Der Bundesrat hat diese Anregungen geprüft und ist zu dem Beschlusse gekommen, daß eine grundsätzliche Regelung der Kommunalabgaben-Gesetzgebung zunächst nicht zu erwarten ist, da die Verhältnisse im Schutzgebiete noch einem zu schnellen Wechsel unterliegen und es zur endgültigen Regelung dieser wichtigen Materie erst der Sammlung mehrjähriger Erfahrungen bedarf Ausgeschlossen erscheint es, den Schutzgebietsbewohnern eine Kriegssteuer aufzuerlegen, ohne daß die wirtschaftliche Entwickelung des Landes auf das schwerste geschädigt wird Auch würde die vorgeschlagene Steuermaßnahme insofern nicht gerecht wirken, als ein großer Teil der Aufstandsausgaben Personen zugute gekommen ist, die im Schutzgebiete ihren Wohnsitz nicht haben und deshalb zur Steuer nicht herangezogen werden können. Befreit bleiben ferner die erst nach Ausbruch des Aufstandes Zugezogenen, obwohl sie aus den durch die Niederwerfung des Aufstandes geschaffenen günstigeren Entwickelungsbedingungen des Landes den gleichen Nutzen gezogen haben, wie die vor Ausbruch des Aufstandes in der Kolonie domiziliert Gewesenen.

Die Landräte in den Veranlagungskommissionen.

Berlin, 17. Febr. **(Drahtb.)** Die Berliner Korrespondenz wendet sich gegen den Artikel des „Berliner Tageblatts", in dem der Runderlaß des Ministers des Innern vom 9. Januar 1912 besprochen wird, der an die Landräte als Vorsitzende der Veranlagungskommissionen gerichtet ist und bezweckt, die Landräte auf die Bedeutung dieses Zweiges ihrer Tätigkeit erneut hinzuweisen. Die Korrespondenz weist darauf hin, daß der Erlaß keine weitergehende Bedeutung als andere Erlasse auf anderen Gebieten habe. Indem er auf bestimmte, mehr oder minder erhebliche Mängel hinweist, die bei einigen Geschäftsrevisionen sich zeigten, wie in dem Erlaß einerseits die großen Schwierigkeiten dieser Tätigkeit anerkannt werden, wird anderseits besonders betont, daß gerade die stetige lebendige Fühlung mit Land und Leuten und der Einblick in alle wirtschaftlichen Verhältnisse seines Kreises, den ihm seine Stellung vorzugsweise gewährt, den Landrat besonders befähigen, die Steuerkraft des Kreises einzusehen und in erster Linie richtig zu beurteilen. Der Erlaß bietet jedenfalls keinen Anlaß zu Schlußfolgerungen im Sinne des Artikels des „Berliner Tageblatts", das unter Hervorhebung einiger, im Zusammenhange gerissener Ausdrücke und Verschärfungen anderer die Angelegenheit so darstellt, als ob nun der Beweis für die mangelhafte und deshalb zu beseitigende Einschätzungstätigkeit der Landräte allgemein erbracht und eine grundsätzliche Änderung in der Organisation unumgänglich notwendig sei.

❑ Das heutige Parteiwesen vom volksorganischen Standpunkt aus.

Dr. Schmidt-Giebichenstein veröffentlicht in der politisch-anthropologischen Revue eine Abhandlung unter obigem Titel, deren Inhalt ein Spiegelbild jener Partei wiedergibt, die einzig und allein auf die vermeintlichen Interessen nur eines Volksteiles bedacht, am Ruin des Ganzen arbeitet, die in wüster Agitation den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung anstrebt. Das Zentrum, in dessen Körper, alle Berufsklassen, alle Volksteile vertreten, umfaßt in gleichem Maße die Vertretung der Gesamt- und Einzelinteressen und kann daher mit Recht sich von dem vernichtenden Urteil das in nachstehendem Teile der Abhandlung ausgesprochen, ausschließen. „Das politische Parteiwesen unserer Zeit, so wie es sich zuerst in England, dann — nach der großen französischen Revolution — mit mehr oder weniger wesentlichen Unterschieden in fast allen Staaten Europas entwickelt hat, unterscheidet sich in mehr als einer Hinsicht von dem des Altertums und Mittelalters. Es vertritt nicht die natürliche oder geschichtlich gewordene Gliederung des Volkskörpers, auch nicht die gesellschaftliche Differenzierung nach dem organischen Prinzip der sozialen oder wirtschaftlichen Arbeitsteilung, sondern ist — man muß das einmal aussprechen — eine Kampfesorganisation des Teiles gegen das Ganze. Man beschränkt sich nicht darauf, sich und dem Ganzen zu dienen, sondern möchte womöglich das Ganze beherrschen und nach seinem Ebenbilde umformen. In der Tat gleichen denn auch die heutigen Parteikämpfe nicht einem edlen Wettstreit um das Wohl des Ganzen, sondern einer tierischen Rauferei um die Futterkrippe oder die Leithammelstellung. Kämpfe um die politische Macht innerhalb der Gesellschaft sind nichts anderes als — Zersetzungsprozesse, die über kurz oder lang zur völligen Auflösung des betroffenen Gesellschaftskörpers führen müssen. Die „itio in partes" kann eben nur entweder organische Differenzierung (Arbeitsteilung) oder — Zersetzung, Zerteilung überhaupt sein. Ein Drittes ist ausgeschlossen. Bei solchen Machtkämpfen handelt es sich ja nicht darum, innerhalb des Rahmens einer hinsichtlich des Machthabers unbestritten feststehenden Staatsverfassung die berechtigten Interessen der sozialen und wirtschaftlichen Gruppen (Stände, Berufsklassen) in streng gesetzlicher Weise zu wahren, sondern vielmehr um den Versuch einer Revolution, einer politischen Vergewaltigung des Ganzen durch den Teil, des Hauptes durch die Glieder. Was mittels Stimmzettels und einer hetzerischen Wahlagitation oder in offen revolutionärer Weise mit den Waffen geschieht, bedeutet nur einen Unterschied des Weges, nicht des Zieles, des Mittels, nicht des Zweckes. Unerläßliche Voraussetzung für den Umschwung der Politik und einer Gesundung der europäischen Kultur ist es, dem die Völker von ihren radikal demokratischen Velleitäten abkommen. Die große Masse des Volkes, auf der ja jede radikale Mehrheit beruht, ist nirgends auf die Dauer zur Herrschaft fähig.

Stapellauf des Linienschiffes „Prinzregent Luitpold".

Kiel, 17. Febr. **(Drahtb.)** Heute mittag 12 Uhr ist auf der Germaniawerft in Gegenwart des Kaisers, des Prinzen Ludwig und der Prinzessin Therese von Bayern das Linienschiff „Ersatz Odin" glücklich vom Stapel gelaufen. Bei der Feier hielt Prinz Ludwig von Bayern die Taufrede. Im Anschluß daran taufte Prinzessin Therese von Bayern das Linienschiff auf den Namen „Prinzregent Luitpold".

Anläßlich des Stapellaufes des Linienschiffes „Ersatz Odin" verlieh der Kaiser dem Prinzen Ludwig die Kette zum Schwarzen Adlerorden, der Prinzessin Therese den Luisenorden mit der Jahreszahl 1813—1814, dem Generalleutnant v. Bruch den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse und dem Oberst Weniger den Kronenorden zweiter Klasse. Um 1 Uhr war im Schloß Tafel. Der Kaiser führte die Prinzessin Therese zu Tisch, Prinz Ludwig von Bayern die Prinzessin Heinrich. Der Kaiser saß bei der Tafel zwischen den beiden Prinzessinnen. Gegenüber Prinz Heinrich zwischen dem bayerischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld und dem Staatssekretär v. Tirpitz. An der Tafel nahmen u. a. teil: Prinz Adalbert, Großadmiral v. Köster, die Admirale v. Holtzendorf und Schröder.

⧧ Die Residenzpflicht der Beamten.

Der preußische Eisenbahnminister hat in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß den Beamten die widerrufliche Erlaubnis, außerhalb ihres Dienstortes Wohnung zu nehmen, in der Regel nur dann zu versagen ist, wenn nach der Lage der Verhältnisse befürchtet werden muß, daß die ordnungsmäßige Wahrnehmung des Dienstes durch die entfernte Lage der Wohnung beeinträchtigt werden würde. Bei den Entscheidungen über dahingehende Anträge sind die Bestimmungen des Erlasses vom 12. Juli 1910 zu beachten, wonach den Beamten nicht gestattet werden soll, außerhalb des Dienstortes zu wohnen, wenn die Entfernung zwischen Wohnort und Dienstort mehr als 30 Kilometer oder die Zeit der einfachen Eisenbahnfahrt mehr als 30 Minuten beträgt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien, 17. Febr. **(Drahtb.)** Nach Mitteilung der behandelnden Ärzte, hat sich der Zustand des Grafen v. Aehrenthal wesentlich verschlechtert.

Wien, 17 Febr. **(Drahtb.)** Durch kaiserliches Handschreiben vom heutigen Tage wurde dem Grafen Aehrenthal die von ihm mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand erbetene Enthebung vom Amte genehmigt Wie verlautet, wurde der Botschafter i. Disp., Graf Leopold Berchtold zum Minister des Äußern ernannt.

Lemberg, 17. Febr. Infolge einer Verfügung des galizischen Landesschulrats wurden in allen Schulzimmern der öffentlichen Volksschulen Christusbilder angebracht. Dagegen haben nun die orthodoxen Juden in zahlreichen Ortschaften Galiziens einen Streik in Szene gesetzt, indem sämtliche jüdischen Schulkinder die Schulzimmer verließen. Sogleich schickten die Juden eine Deputation zum Statthalter, um von ihm die Entfernung der Christusbilder zu fordern, andernfalls wollen sie in dieser Angelegenheit die Intervention des Unterrichtsministers anrufen.

England.

London, 17. Febr. „Daily Chronicle" schreibt: Sir Edward Grey hat sich gestern in Manchester in optimistischer Weise über die englisch-deutschen Beziehungen ausgesprochen, obwohl er die Zurückhaltung und Verschwiegenheit des Premierministers und des Reichskanzlers erwähnte, bestätigte er doch ausdrücklich in befriedigender Weise ihre Erklärungen, daß in einem großen Werke von internationaler Staatskunst von Anfang an ein guter Fortschritt gemacht worden ist. Es ist selbstverständlich kein Werk, das sehr schnell sein Ziel erreichen wird, aber es ist gut, von Sir Grey zu erfahren, daß der Wille unverkennbar ist, und daß die Offenheit, mit der die beiden Länder sich entgegengekommen sind, bereits etwas von dem Argwohn und Mißtrauen verscheucht hat. Die englisch-deutsche Verständigung wird ein weiteres wertvolles Glied in der Kette internationaler Freundschaften sein. Man sieht mit Genugtuung, daß die französische Presse im ganzen diese Ansicht ohne Betrübung betrachtet. Wenn Frankreich und Deutschland in das Werk der Entente gebracht werden, so ist es sicher nur zum Vorteil beider, wenn sie einen starken gemeinsamen Freund besitzen Die deutsche Presse hat eine vortreffliche Haltung eingenommen, und wenn sie in Deutschland und ebenso in der britischen Presse bestehen bleibt, und wenn die öffentliche Meinung gegenseitig in gute Bahnen gelenkt werden kann, so hat man in der Tat Hoffnung für eine sichere Grundlage, auf der man bauen kann. Vor allem müssen beide Nationen danach streben, „gute Freundschaft" (die Blätter gebrauchen das deutsche Wort) zu begründen . . „Daily News" erklärt, daß die Rede Sir Greys erfreulich sei, daß die Worte Greys formell im Einklang mit der Stimmung des Augenblicks waren. Sir Grey hat die rechte Note getroffen und sie wird ein lebhaftes Echo in dem großen britischen Volke finden. Wir haben in den dunkelsten Tagen der Vergangenheit der Freundschaft mit Deutschland das Worte geredet und dürfen sie, wo die Beziehungen besser werden, willkommen heißen . . . Der „Manchester Guardian" sagt: Sir Greys Rede war besonders bemerkenswert wegen ihrer Wärme in ihren Ausführungen über Deutschland. Die Reden Sir Edward Greys haben selten zu einer Kundgebung für die englisch-deutsche Freundschaft Anlaß gegeben. Gestern war dies der Fall. Deshalb darf man der gestrigen Versammlung eine besondere Bedeutung beilegen. Er hat jetzt getan, was er im letzten Herbst unterlassen hat und dem deutschen Reichskanzler mit der gleichen Herzlichkeit geantwortet.

Der türkisch-italienische Krieg.

Rom, 17. Febr. **(Drahtb.)** Nach einer Depesche der „Agenzia Stefani" aus Kairo gelangten aus Aden Gerüchte dahin, daß zwischen Iman Jahia und El Dohinami ernste Zwistigkeiten ausgebrochen seien, die zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen den beiden und zur Niederlage Jahias geführt haben. Die Berichterstatter glauben, daß unter den Anhängern Jahias große Unzufriedenheit herrsche, weil Jahia mit den Türken Frieden geschlossen habe.

Tripolis, 17. Febr. **(Drahtb.)** Die allgemeine Lage ist unverändert. Es kommen immer noch zahlreiche Flüchtlinge aus Azizia und Benghasi an, die bestätigen, daß im Lager der Türken Krankheiten herrschen.

London, 17. Febr. **(Drahtb.)** Ein Kriegsschiff beschoß heute in der Frühe die türkischen Forts in der Nähe von Perim zwei Stunden lang, und dampfte dann nördlich davon.

Aus der Stadt.

Münster, 18. Februar.

Einen Familienabend veranstaltete am Donnerstag der Gesangchor der Jungfrauen-Kongregation in Gemeinschaft mit dem Liebfrauen-Kirchenchor. Nach einer Ansprache des Msgr. Pfarrer Kochmeyer folgten Konzertstücke sowie Lieder für Frauen- und Männerchor. Tonkünstler Brüggemann wartete mit Solovorträgen auf und erntete besonders reichen Beifall. Auch die Frauen- und die Männerchöre wurden recht ansprechend vorgetragen und mit Beifall aufgenommen. Im weiteren Verlaufe des Abends folgten verschiedene Vorträge humoristischen Inhalts. Eine fröhliche Stimmung riefen auch die eigens für den Abend gesetzten gemeinschaftlichen Lieder hervor. Der Reinertrag des Abends, zu dem die Firma Gebr. Knake bereitwilligst einen Flügel zur Verfügung gestellt hatte, ist zum Besten der Kirche bestimmt.

♂ **Der nächste Viehmarkt** findet am Donnerstag, den 22. Februar statt.

Standesamtsnachrichten. Geburten: 11 Febr. T. d. Maurers Wilh Jansen. — S d. Kassenboten Bernh. Sanders. — 13. Febr. T. d. Lokom.-Hülfsheizers Jos. Kellner. — 17. Febr. T. d. Eisenhobelers Rich. Follack — Sterbefälle: Ehefrau Eleonore Schlammer geb. Bußmann, 55 J — Ehefrau Elisabeth Voß geb. Lütke-Föller, 53 J — 17. Febr Ehefrau Klara Wiggers geb. Coenen, 60 J. — Färber Gerhard Richter, 63 J. — Witwe Maria Kleikamp geb. Wittkamp, 79 J.

Aus den Provinzen.

⌗ **Borken**, 17. Febr. (Zum Dechanten) des Dekanates Borken wurde der Pfarrer und Definitor Msgr. Franz Richter zu Bocholt ernannt.

⊙ **Emmerich**, 17. Febr. (In der gestrigen Stadtverordnetensitzung) wurde der Vorlage über den Erlaß eines Ortsstatuts für ein Kaufmanns- und Gewerbegericht, sowie der über den Erlaß eines Ortsstatuts auf Grund des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Ortschaften zugestimmt.

○ **Moers**, 16. Febr. (Brand.) Im benachbarten Meerbeck brach auf dem Besitztum des Landwirtes Kothes ein großer Brand aus, der das gesamte Wirtschaftsgebäude vernichtete. Fünf Feuerwehren waren in Tätigkeit getreten, aber es herrschte Wassermangel und so war zunächst nichts auszurichten. Eine große Scheune mit reichen Fruchtvorräten, Elektromotoren, landwirtschaftlichen Maschinen, die Stallungen mit 35 Schweinen und zahlreichen Hühnern und Tauben verbrannten. Der große Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bonn, 17. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Gärtner Reppler aus Troisdorf wegen zahlreicher schwerer Einbruchsdiebstähle in Pfarrhäusern und Lehrerwohnungen zu 8 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. Reppler war seinerzeit in dem Augenblick verhaftet worden, als er im Begriff stand, nach Amerika abzureisen.

Luftschiffahrt.

London, 17. Febr. **(Drahtb.)** Der Flieger Graham Gilmour ist auf dem Fluge nach Richmond abgestürzt und wurde tödlich verletzt.

△ **Die erste Generalstabskarte für Luftschiffer** ist, wie uns von militärischer Seite geschrieben wird, soeben herausgegeben worden. Diese Karte, die einen ersten Versuch von militärisch-amtlicher Seite darstellt, die aber vorbildlich werden dürfte, ist vom militärgeographischen Institut in Wien bearbeitet worden. Der Maßstab der Luftschifferkarte ist der gleiche, wie der der österreichischen gewöhnlichen Generalstabskarte, nämlich 1 : 200 000; die Karte unterscheidet sich aber von der gewöhnlichen dadurch, daß alle für die Orientierung des Luftfahrers wichtigen Einzelheiten auf irgend eine Weise kenntlich gemacht worden sind. So sind Bauten, die als Richtungspunkte dienen können, also Kirchtürme, hohe Schornsteine, auffällige Gebäude usw. in größerem Maßstabe wiedergegeben, ebenso sind Anlagen, die Gefahren für den Luftfahrer in sich bergen, wie elektrische Hochspannungsleitungen usw. durch den Druck hervorgehoben. Besonderer Wert ist auch auf die Kenntlichmachung und Unterscheidung des Terrains gelegt worden. Es ist nach dieser Karte dem Luftschiffer möglich, über jedem Punkt festzustellen, ob er sich über günstigem oder ungünstigem Terrain befindet. Terrain, das sich für eine Landung eignet, ist mit gelber Farbe bezeichnet, ungeeignetes mit roter Farbe. Diese letztere Maßnahme gibt der Karte besonderen praktischen Wert. Während es kartenkundigen Offizieren, wie die deutschen Rundflüge bewiesen haben, immer möglich war, auf Grund gewöhnlicher Generalstabskarten den Weg zu finden, bestand doch immer die Schwierigkeit, aus der Luft bei Benzinmangel oder anderen verhältnismäßig voraussehbaren Zwischenfällen, das geeignete Landungsterrain schnell zu finden. Wälder konnten natürlich von Wiesen unterschieden werden, nicht aber trockene Wiesen von sumpfigen, und aus den Karten war auch schwer ersichtlich, wo in näherem Umkreise etwa eine gute Landungsmöglichkeit wäre. Diesem Übelstande hilft die österreichische Luftschifferkarte ab. Übrigens ist auch der Plan des Vereins Deutscher Flugtechniker zur Schaffung eines Atlas von Landungsstellen aus der gleichen Erkenntnis hervorgegangen, daß die Orientierung mit den heute vorhandenen Mitteln nicht das Schwierigste ist, sondern das Auffinden geeigneter Landungsplätze und daß den Fliegern, bevor nicht allgemeine Luftfahrerkarten vorhanden sind, wenigstens mit genauer Bezeichnung von Plätzen geholfen werden kann, auf denen Landungen möglich sind. Die erste österreichische Generalstabskarte, von der gegenwärtig das erste Blatt vorliegt, wird von dem Wiener militärgeographischen Institut eifrig gefördert, so daß den österreichischen Militär- und Zivilfliegern bald ein vollständiger Luftfahreratlas von Österreich zur Verfügung stehen dürfte.

100 000 Francs für ein fliegendes Fahrrad.

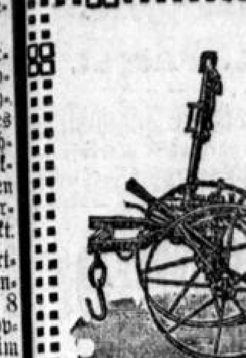
Dem Beispiel der Firma Peugeot, die 10 000 Francs für ein fliegendes Fahrrad ausgesetzt hat, ist die Pariser Zeitung La Justice gefolgt. Die Zeitung gibt heute bekannt, daß sie einen Preis von 100 000 Francs für eine von Menschenkraft betätigte Flugmaschine gestiftet hat. Das Blatt sagt in der Ausschreibung, daß durch diesen großen Preis die Erfinder zur Konstruktion eines fliegendes Fahrrades ermutigt werden sollen, da das fliegende Fahrrad die „Flugmaschine des kleinen Mannes" sein würde. Die Flugmaschine, die nur durch die Muskelkraft des Menschen fortbewegt wird, würde sich zu dem Motor-Flugzeug so verhalten, wie das Fahrrad zum Automobil. Die Gesamtsumme von 100 000 Francs wird dem Flieger zuerkannt werden, der zuerst die Strecke Paris-Versailles und zurück ohne Unterbrechung mit Hilfe seiner Muskelkraft zurücklegen kann Das Geld ist gestern abend von Blanquies, dem Eigentümer der Justice, bei einer Bank hinterlegt worden. Das Reglement wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. — Wenn der Preiswettbewerb nicht bis zum jüngsten Tage offen ist, so ist es recht wahrscheinlich, daß Herr Blanquies im Besitze seiner 100 000 Francs bleiben wird, denn er macht es den armen Erfindern doch gar zu schwer. Peugeot verlangen nur einen Sprung von zehn Metern, die 100 000 Francs sollen aber erst für einen Überlandflug ausbezahlt werden. Versuche mit fliegenden Fahrrädern werden seit Jahrzehnten gemacht, aber bisher sind alle recht kümmerlich ausgefallen. Die Ausschreibungen von Preisen für solche Zwecke werden nur erreichen, daß eine Reihe armer Teufel von Erfindern ihre Groschen hinauswerfen werden, um zu „bauen".

Vermischtes.

* **Guben**, 17. Febr. **(Drahtb.)** Der kürzlich in Berlin verstorbene Dr. Schlief aus Guben vermachte seiner Vaterstadt 1 Million Mark für wohltätige Zwecke.

* **Ein origineller Betrug** hat sich, wie die „Straßburger Post" berichtet, in dem Dorfe Kirchheim, nahe bei Heidelberg, ereignet. Vor einigen Tagen hatte der Kirchheimer Geflügelzuchtverein eine Ausstellung veranstaltet. Einer der Aussteller hatte sich aus diesem Anlaß von einem württembergischen Geflügelzüchter einen prächtigen Hahn schicken lassen. Die Freude an dem schönen Tiere dauerte jedoch nur wenige Tage, denn die stolzeste Zierde des Hahns, seine Schwanzfedern, fielen eine nach der anderen aus. Bei näherer Untersuchung fand sich, daß dem Hahn die Federn — angeleimt waren. Der betrügerische Verkäufer hatte dem Tier die alten Federn bis auf wenige Zentimeter abgeschnitten, neue prächtige Federn in die alten Kiele hineingesteckt und diese mit einem Klebstoff befestigt. Natürlich wird der humorbegabte Betrüger sich vor Gericht zu verantworten haben.

* △ **Der Chapeau-claque der Frau.** Den Männern, die beim Antritt einer Reise bleich und nur mühsam gefaßt auf die Reihe der unförmigen Hutkoffer blicken, deren die Frau Gemahlin zum Genusse der Fahrt unbedingt bedarf, winkt eine Hoffnung: in London werden jetzt elegante Damenhüte geschaffen, bei deren „Konstruktion" die Möglichkeit vorgesehen ist, den Hut zusammenklappen zu können. „Es ist des Rätsels Lösung", so erklärte eine führende Londoner Modistin einem Mitarbeiter des Daily Mirror: „diese Hüte sind das, was die elegante Frau braucht, wenn sie auch auf Reisen smart aussehen will. Die unförmigen Hutschachteln sind überflüssig, die zusammenklappbaren Hüte sind so gearbeitet, daß sie zusammengefaltet im Koffer nur ganz wenig Platz beanspruchen; ja in einer mittelgroßen Handtasche kann man ohne Schwierigkeit und Gefahr für die Form bequem vier solcher Hüte unterbringen."


Westfä

Für Lungenkra
Katarrhe schwere
Bronchitis, Infl
Keuchhusten beg
de Lungenschwind
bekämpft man am
sten durch
Histosa
Deutsches Reichs
162 656,
Im Einklang m
interkantonal. Ko
stelle zur Begutal
von Geheimmitte
erkennt die San
rektion in Züri
seit 6 Jahren i
Kantonsspital erf
angewandte H
als Arzneimittel,
in vielen Fäl
Tuberkulose gün
einflusse.
In allen Apothek
bletten od. Syru
3.20. oder wo n
hältlich durch di
apotheke in S
(Baden).
Histosan wird
verordne
St. Josepsb
von P. Krebs. 34
St. Joseph
v. Toussaint. 4.
St. Joseph
v. J. Treitz. (6.—1
und viele andere
Verehrung des hei
empfieh
Verlag A. Lauman
Überall erhältlich.
Verzei


Münst
bei Bernh. G
L. Wittkampf,
Ferd. Meyhöfe
Emsde
bei J. Möllers
Bork
bei J. Schroer.
Im letzte
2846 Ze
Bettfe
verkaufte
federnfabrik mi
Gustav
Berlin S 151 Pr
Haus
mit Stallung

Persil

das selbsttätige **Waschmittel**

gibt schöne fette Lauge, ist frei von minderwertigen Beimischungen, insbesondere von Chlor und sonstigen scharfen Stoffen, deshalb

garantiert unschädlich.

Billig im Gebrauch! Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Einen hervorragenden Platz



auf dem Gebiet der Pflugtechnik hat sich der **Patent-Wende-** sow. **Beet-Pflug** mit Selbstführung und drehbarer Vorderkarre (Patent Wiegard), D. R. P. Nr. 222856 u. 233845, verschafft. Von höheren Autoritäten als der Pflug der Zukunft bezeichnet. Es versäume daher kein Händler, sich den Verkauf dieser Patent-Pflüge zu sichern.

Abteil. I liefert **Ein-, Zwei-, Drei- u. Vierschar-pflüge** in den verschiedensten Ausführungen, für jede Bodenart passend.
Abteil. II **Fabrik für schmiedbaren Eisen- und Stahlguß.**
Abteil. III **Mühlenbauanstalt**, Spezialität Walzenschrotmühlen. 7300.
Abteil. IV **Patent-Wende- und Beetpflugbau.**

Sie werden über den Erfolg erfreut sein. Veranlassen Sie bitte Schaupflügen gegen andere Systeme.

Westfälische Stahl-Pflug-Fabrik, H. Niemeyer Söhne, Riesenbeck i. W.

Wo nicht vertreten, liefern direkt. Prospekte gratis und franko. 16a

---



Für Lungenkranke!
Katarrhe schwerer Art, Bronchitis, Influenza, Keuchhusten beginnende Lungenschwindsucht, bekämpft man am sichersten durch

Histosan.

Deutsches Reichspatent 162 656.
Im Einklang mit der interkantonal. Kontrollstelle zur Begutachtung von Geheimmitteln anerkennt die Sanitätsdirektion in Zürich das seit 6 Jahren in einem Kantonsspital erfolgreich angewandte **Histosan** als Arzneimittel, weil es in vielen Fällen die **Tuberkulose** günstig beeinflusse.
In allen Apotheken (Tabletten od. Syrup) à M. 3.20. oder wo nicht erhältlich durch die Stadtapotheke in Singen (Baden).
Histosan wird ärztlich verordnet. 57a

Unsere Kassen sind am Montag, 19. Februar nachmittags

geschlossen.

Münster, den 17. Februar 1912.

Sparkasse der Stadt Münster. **Sparkasse des Kreises Münster.**

Nr. 110 **„El Ministro“** Nr. 110

ist eine ausgezeichnete Qualitäts-Zigarre und zeichnet sich durch tadellosen Brand und würziges, doch mildes Aroma aus.

10 Stck. 1.— Mk. **50 Stck. 4.80 Mk.**



Telephon 1436. **Pistor & Meyer** Telephon 1436.

Rothenburg 23 Ecke Ägidiistrasse. **Ludgeristr. 118** gegenüber der Clemenstr. **Weselerstr. 6** Ecke Mecklenbeckerstr.

Gutsortiertes Lager in allen bekannten Zigarettenmarken.

Versand nach ausserhalb prompt.

Geschäfts-Eröffnung!

Den geehrten Bewohnern von

Amelsbüren und Umgegend

zeige hierdurch ergebenst an, daß ich **am 1. März im Hause des Herrn Freßmann ein**

Tuch- und Maß-Geschäft

eröffne.
Unterhalte ein reichhaltig sortiertes Lager in gediegenen und modernsten Stoffen.
Da in ersten Geschäften tätig war und bereits 5 Jahre als Geschäftsführer ein Maßgeschäft geleitet habe, wo ich das vollste Vertrauen der Kunden erworben, hoffe ich auch hier das größte Vertrauen zu erlangen. Für guten Sitz und tadellose Arbeit leiste volle Garantie.
Möchte nun bitten, mein jüngstes Unternehmen höflichst unterstützen zu wollen. a3a

Hochachtend

A. Engberding, Amelsbüren.

Reinhardsquelle das Nierenwasser!

Wirkungen einer Hauskur.

Die außerordentlich wichtige und folgenschwere Nierenarbeit wird erleichtert und angeregt, die Zylinder, welche die Nieren, kanälchen verstopfen, werden herausgespült, der Eiweißgehalt des Harns verliert sich, Beklemmungen und Atemnot nehmen ab die überschüssige Harnsäure, welche die Ursache zu allen rheumatischen und gichtischen Leiden ist, wird abgetrieben. Gries- und Nierensteine gehen ohne besondere Schmerzen ab, das Drücken und Brennen beim Urinieren fällt weg, die Blase wird gereinigt und der Urin wird klar. Es tritt ein Wohlbefinden ein, welches früher nicht vorhanden war. Man frage den Arzt.

Brunnenschriften versendet die Direktion der Reinhardsquelle bei Wildungen.

Im eigenen Interesse verlange man in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien ausdrücklich **nur** Reinhardsquelle.

Hauptniederlage:

Ferd. Meyer, Mineralwassergroßhandlung
Prinzipalmarkt 44. Telephon 415. f*

---

50 Prachtbetten. Unterbett, Oberbett und 2 Kissen, 1½ Schläfer, hochfein rot, dichter Daunenköper mit 17 Pfund Halbdaunen, das Bett 30 M. Dasselbe mit prima Halbdaunen 35 M. Feinst. Daunenbett 40 M. Zweischläfrig kosten dieselben 5 M. mehr. Gar.: Umtausch od. Geld zurück. Preisl. üb. Betten, Federn. Inletts ums. u. frei. Viele Danksch. Joh. Parensen, Westfäl. Bettenfabrik, Brakel, Kr. Höxter i* 200.1

Prima Kleehen abzug. **Gut Beukhaus,** Post Wolbeck. a2b

St. Josepsbüchlein
von P. Krebs. 34. Aufl. 75 ₰

St. Joseph hilft!
v. Toussaint. 4. Aufl. Mk. 1.50.

St. Josephsstab
v. J. Treis. (6.—10. Tausend.) 75 ₰

und viele andere Schriften zur Verehrung des heiligen Joseph empfiehlt

Verlag A. Laumann, Dülmen.
Überall erhältlich. Verzeichnisse gratis.



Münster:
bei **Bernh. Esch,**
L. Wittkampf, Prinzipalm. 43,
Ferd. Meyhöfener.
Emsdetten:
bei **J. Möllers.**
Borken:
bei **J. Schroer.** a*

Im letzten Jahre
2846 Zentner
Bettfedern
verkaufte die erste Bettfedernfabrik mit elektr. Betrieb

Gustav Lustig

Berlin C 151 Prinzenstr. 46-47

Versand gegen Nachnahme. Verpackung kostenfrei. Garantie: Umtausch oder Rücksendung auf meine Kosten. Fülfertige Bettfedern Pfd M. 0.55, 1.00, 1.25. – Prima Halbdaunen M. 2.75. Gemischte Gänseflaumfedern M. 2.00. Ia weiße Gänsehalbdaunen M. 2.50, 3.00, 3.50. – Echt chinesische Monopoldaunen (gesetzl. gesch.) M. 2.85, echt russische Matador-Gänsedaunen (gesetzl. gesch.) M. 3.50. Von den Daunen genügen 3–4 Pfund zum großen Oberbett. – Gänsefedern (zum Reinen) M. 0.60 p. Pfd. Oberbrucher Gänseschlachtfedern mit Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste von allen Bettartikeln gratis.

Unstreitig größtes Oelfeu- u. Bettfedern-Spezial-Geschäft der Welt.

Haus mit Einfahrt
und Stallung zu verkaufen. Off. a. **B B 378** an die Gesch.

Gesucht
werd. mehr. ordentl. evgl. Familien od. Witwen, die geeign. und bereit sind, Kinder (gegen Entgelt) in gewissenhafte, liebevolle Pflege zu nehmen. Meldungen an den Waisenrat
Pastor Becker.

Städt. Progymnasium in Werl in Westf.
Mit realgymnasialer Abteilung.
(Ausbau zum Vollgymnasium beantragt.)
Schuljahrbeginn: 16. April. Auswärtige Schüler finden **gute Pension bei Bürgern** zu monatl. 50—60 Mk. u. im **Gymnasialkonvikt Aloisianum.** Geistl. Leitung. Pensionspr. 60 Mk. unter 14. J. 550 Mk. Gesunder Kurort. Prächtiger Neubau. Ländliche Stille. Direktor **Professor Spieker.**

Aegidiistrasse 25-27. Aegidiistrasse 25-27.

Geschäfts-Eröffnung.

Am heutigen Tage eröffne ich **Aegidiistrasse 25-27** ein

Sarg-Magazin u. Beerdigungsinstitut.

Mein Lager bietet Ihnen eine grosse Auswahl in fertigen

tannenen, eichenen, Pitsch pine, Metall- und Kindersärgen, sowie in Kränzen, Leichenwäsche usw.

Ich bitte die geehrten Bewohner von Münster und Umgegend bei etwa vorkommenden Trauerfällen mein Geschäft zu unterstützen.

Anton Holtmann.

Bestellungen werden auch **Gasselstrasse 8a** und auf meinem Lagerplatze **Melchersstrasse** angenommen.

Für die Fastenzeit:

4 Liter-Dose Bismarckheringe		215 Pfg.
4 Liter-Dose Rollmöpse		210 „
4 Liter-Dose Bratheringe		145 „
Tönnchen Kronsardinen		145 „
5 Pfd.-Eimer gem. Pflaumenmus		168 „
5 Pfd.-Eimer Frischobst-Marmelade		185 „
10 Pfd.-Emaille-Eimer Kunsthonig		325 „
10 Pfd.-Emaille-Topf Kunsthonig		350 „
1 Pfd.-Glas Kunsthonig		55 „
Holländer Käse	Pfd.	75 „
Edamer Käse, vollfett	„	110 „
Tilsiter Käse, ffein	„	85 „
Gouda-Käse, vollfett	„	110 „

Harzer-, Nieheimer-, Kräuter- u. Dessertkäse.
Rohessbücklinge, Sprotten, Bratbücklinge
kistenweise besonders billig.
Käse bei ganzen Laiben oder Kugeln pro Pfd. **5** Pfg. Ermässigung.

Emdener Vollheringe	Dtzd.	70 Pfg.
Emdener Vollheringe, kleiner	„	60 „

Münstersches Kaufhaus für Lebensmittel
Heinr. Hill.
Ecke Altersteinweg und Telgterstrasse
und meine übrigen bekannten Verkaufsstellen.

Lichtspielhaus
Münster Salzstr. 25.

Der sensationelle Schlager!

Opfer des Leichtsinns.

Drama aus dem Leben der Großstadt in 3 Akten.

Auf der Schwelle der Schuld.

— Fesselndes ergreifendes Drama. —

Durch das meisterhafte Spiel und die vollendete Handlung wird dieses Bild zu einem Meisterwerk ersten Ranges erhoben.

Ein humoristischer Schlager:
:: **Sommer-Freuden.** ::
— Nordischer Film. —

Und vieles andere mehr.

Beginn der Vorführung 11½ Uhr vormittags.

Herzogl. Baugewerkschule Holzminden
Errichtet 1831 **Hochbau** Verpflegungs-Anstalt **Tiefbau** Direktor C. Haarmann
Sommerunterricht 3. April. Reifeprüfung. Winterunterricht 16 Oktober.
Gleichberechtigt mit den Königl. Preuß. Baugewerkschulen.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 5½ Uhr meine gute Frau, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Klara Wiggers
geb. Coenen

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
Sie starb nach langem, schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und oftmals gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im 61. Lebensjahre.
Wir empfehlen die Seele der teuren Verstorbenen dem Gebete der Gläubigen, besonders den Priestern am Altare.
Im Sinne der Verstorbenen wird gebeten, von Kranzspenden abzusehen.

Münster, Obermarxloh, Opladen, Oberhausen, Cleve, Leipzig, Rheydt, Breden, Dortmund, 17. Febr. 1912.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Franz Wiggers
Hauptlehrer a. D.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 20. Febr. 1912, nachm. 3½ Uhr, von der Josephskirche aus; das feierliche Seelenamt am Aschermittwog morgens 9½ Uhr.



Gott dem Allmächtigen hat es nach seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, unsere liebe Schwester, unsere gute, sorgsame Tante und Schwägerin

Fräulein Pauline Kükenhoff

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
Sie starb im Alter von 54 Jahren nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den wiederholten Empfang der hl. Sakramente, am 16. Februar 12 Uhr mittags.
Wir bitten, der Seele der teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Münster i. W., den 16. Februar 1912.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause Hafenstr. 23 aus.
Das feierliche Seelenamt am Mittwoch, den 21. Februar, morgens 8 Uhr, in der St. Ludgeripfarrkirche.
Sollte jemand aus Versehen eine besondere Anzeige nicht erhalten haben, bitten wir diese als solche anzusehen.

Durch meine

Februar-Preise

will ich Sie veranlassen, schon jetzt Ihren Bedarf für das Frühjahr zu decken. Die Aufbewahrung der Möbel bis zur Lieferung geschieht kostenlos. Auch der Transport und das Aufstellen geschieht ohne Berechnung.

Warum ich Ihnen aussergewöhnlich vorteilhafte Kaufgelegenheit biete? Weil die Aufträge zum Frühjahr und Sommer sich in den Monaten März bis Mai alljährlich so enorm gedrängt haben, dass nur durch teure Ueberstunden und Einstellen von Hilfskräften in meine Werkstätten eine pünktliche Lieferung ermöglicht wurde.

Möbelhaus F. Mertens Münster i. W., Bielefeld, Hamm.

Hoflieferant Sr. Hoh. des Herzogs v. Schlesw.-Holst.

Westf. Pumpernickel

jedes Quantum w*
frei ins Haus
liefert die
Pumpernickel-Fabrik
von
A. Bohnenkamp jr.
Magdalenenstr. 8,
gegr. 1843. Telephon 598.



Besonders preiswert
Kinderbettstelle Nr. 312
mit abschlagbarer Seitengalerie
65×125 cm Mk. 15.00
70×140 cm Mk. 16.00
Preisliste kostenfrei.
Joh. Heinr. Jansen,
Alter Fischmarkt 1. a*

Karneval schuhe

grosse Posten bedeutend unter Preis.

Zumnorde.

Prinzipalmarkt 34.

r2a

Zwecks Verkleinerung meines Warenlagers

verkaufe ich alle Waren

Manufaktur-, Weiss-, Woll- und Kurzwaren.

Grosser Posten Reste:

Kleider-, Blusen- und Anzugstoffe, Hemdentuche,
Leinen, Siamosen, Kattune, Futterstoffe etc. etc.

zu bedeutend ermässigten Preisen.

Damen-Mäntel, Blusen, Kostüm-Röcke,
Kinder-Kleidchen und Knaben-Anzüge

bis unter Einkaufspreis.

:: Grosser Gelegenheitskauf für Brautausstattungen. ::

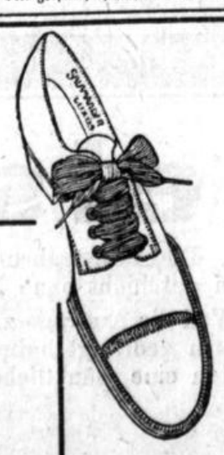
A. Schräder, Telgte.

Collegium Albertinum
der Dominikaner in Venlo.
Erziehungsanstalt für deutsche Knaben mit Gymnasialunterricht nach den preußischen Lehrplänen. Klassen von Sexta bis Obersekunda und eine Vorschulklasse.
Anfragen und Anmeldungen an den **Präfekten** der Anstalt (**postlagernd Kaldenkirchen, Rhld.**). j3b

Collegium Bernardinum,
Attendorn (Westfalen).
Konvikt für katholische Schüler aller Klassen des Gymnasiums, unter dem Protektorate des Bischofs von Paderborn. Modern und praktisch eingerichtet. Herrlich und gesund gelegen. Mäßiger Pensionspreis. r*
Anmeldungen und Anfragen an den Vorsitzenden des Kuratoriums **Pfarrer Menne** oder den geistlich. **Präses Steinbrück.**

Totenbriefe
Totenzettel
schnell und billig
Louis Espagne,
Münster i. W. Ludgeristrasse 94.

Kenner fragen
Salamander-Stiefel



„Salamander"
Schuh-Geschäft
Münster, Drubbel 19.

MARKE SALAMANDER

Einheitspreis
Luxus 16.50 **12.50**

Telephon 1696.

Statt besonderer Meldung:
Empfehle
Verlobten
komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Jos. Weber Nachf.
Münster
Ludgeriplatz 3

Smökt **De Smöker von OLDENKOTT** AHAUS



20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60 u. 75 Pf. das 1/4 Pfd.
i. Grob- u. Feinschnitt. Leicht u. wohlbekömmlich.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern mittag 1 Uhr meinen lieben, teuren Mann, unsern guten, unvergeßlichen Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, den

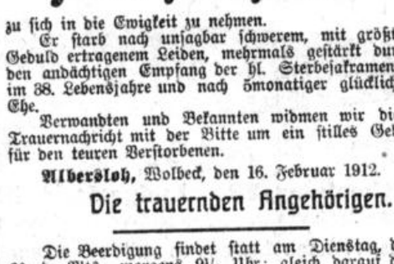
Gutsbesitzer
Anton Mittelfarwick

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
Er starb nach unsagbar schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, mehrmals gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im 38. Lebensjahre und nach 9monatiger glücklicher Ehe.
Verwandten und Bekannten widmen wir diese Trauernachricht mit der Bitte um ein stilles Gebet für den teuren Verstorbenen.

Albersloh, Wolbeck, den 16. Februar 1912.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 20. d. Mts., morgens 9½ Uhr; gleich darauf das feierliche Seelenamt.



Durch einen sanften Tod wurde heute abend um 9½ Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Bademeister Bernard Voß
Elisabeth geb. **Lütke-Föller**

von kurzer, schwerer Krankheit erlöst. Sie starb im Alter von 53 Jahren. Ihre Seele wird dem Gebete der Gläubigen und dem Memento der Priester am Altare empfohlen.

Münster i. W., den 16. Februar 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 3½ Uhr vom Sterbehause Mecklenbeckerstraße 30 aus; das feierliche Seelenamt an demselben Tage, morgens 9 Uhr in der St. Antoniuskirche.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 7 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Gutsbesitzer
Bernard Westerhoff
gnt. Schulze Iling

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
Er starb nach längerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, öfters gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente im 67. Lebensjahre und im 27. Jahre einer glücklichen Ehe.
Seine Seele wird der christlichen Fürbitte, besonders der Priester am Altare empfohlen.

Horstmar, Kinderhaus, Altenberge, Amerika, Ottmarsbocholt und Darfeld, den 16. Februar 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 20. Februar, morgens 10¾ Uhr.

Ich bin in
Münster
Rechtsanwalt.
Aug. Stähler,
Königstraße No. 32, am Marienplatz. w

Zahn-Atelier
von a*
Frau M. Kruse,
Altersteinweg 28, II.

Zahn-Atelier
L. Vaerst.
Schmerzlose Behandlung
mit oder ohne Narkose.
Roggenmarkt 15. 1. Et

Pianinos
kreuzsaitig, Eisenkonstruktion, Unterdämpfung, m. vorzügl. Ton von 380 Mk. an 10j. Garantie.
Alleinvertret. d. Weltfirma:
J. G. Irmler,
Kaiserlicher und Königlicher Hoflieferant,
Fabrik gegr. 1818.
Inhaber goldener u. silberner Preismedaillen, sowie des Kgl. Sächsischen Staatspreises für:
„In technischer und künstlerischer Beziehung vollkommenste, durch größte Tonschönheit sich auszeichnende Flügel u. Pianinos".
— Kataloge gratis. —
Probelieferungen, Teilzahlungen, höchster Barrabatt.
— **Vertreter gesucht.** —
Gebrauchte Pianos stets am Lager. Stimmungen gut u. billig.
Fr. Hülsmann,
Piano-Magazin, a*
(Bez. Münster),
Laer, Station Horstmar.

Grosse Einkaufsvorteile bietet Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S 59. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Riesen-Teppich-Lager
aller Grössen u. Qualitäten
Sofa-Grösse à 5, 10, 15—49 M.
Salon-Grösse à 15, 20, 30—150 M.
Saal-Grösse à 45, 60, 75—800 M.
Gardinen :: Portieren :: Möbelstoffe
Tischdecken :: Steppdecken usw.
Spezial-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko

Getragene Herrengarderobe und Schuhzeug kauft zu den überhaupt nur denkbar höchsten Preisen, Postkarte genügt, **Munz**, Pferdegasse 15, 1. Haus von der Rothenburg. a*

In
Beton-Einfriedigungspfosten
die **Krammenhülsen** zum Annageln des Ziehdrahtes liefert
Leynhardt
Heidenoldendorf bei Detmold.

Tanz-Institut
für bessere Kreise
Restaurant Bürgergarten.
Zu dem neu beginnenden Kursus nehme weitere gefl. Anmeldungen täglich entgeg.
Jos. Schmedding,
Bremerstr. 58. j5b

Kaiser-Panorama
Kaiserstraße 5.
Filiale aus Berlin (Passage).
Vom 18. Februar bis 25. Februar.
Franz. Riviera.
Geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr. a2a



Sonntag, den 18. Febr., nachm. 3½ Uhr a2a
Groß. karnev. Konzert
der Infanterie-Kapelle.
Leitung: Musikmeister
Günzel.
NB. Donnerstag, d. 22. Febr.: **Kein Konzert.**

Danksagung.

Für die so vielseitig erwiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden der Frau **Ww. H. Hundehege** sprechen wir hiermit unsern Dank aus.

Die Hinterbliebenen.